

Amtliches Kreis-Blatt

für den
Unterlahn-Kreis.

**Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreisaußschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.**

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile über deren Raum 20 Pfg.,
Werktagssätze 50 Pfg.

Aufgabenstellen:
In Diez: Hofenstraße 36.
In Bad Ems: Admerstraße 95.

**Druck und Verlag von H. Chr. Commes,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Rich. Hein, Bad Ems**

Nr. 277

Diez, Freitag den 30. November 1917

57. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

**betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Bricketts über
10 Tonnen monatlich im Dezember 1917.**

Auf Grund der §§ 1, 2, 6 der Verordnung des Bundesrats über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 167) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 193) und unter Abänderung der Bekanntmachung, betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Bricketts vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145) wird bestimmt:

§ 1.

Zeitpunkt der Meldung.

Meldungen über Kohlenverbrauch und -bedarf sind in der Zeit vom 1. bis spätestens 5. Dezember erneut zu erstatten. Siehe auch § 11.

§ 2.

Meldepflichtige Personen.

1. Zur Meldung verpflichtet sind alle gewerblichen Verbraucher (natürliche und juristische Personen), welche im Jahresdurchschnitt oder bei nicht dauernd arbeitenden Betrieben im Durchschnitt der Betriebsmonate mindestens 10 Tonnen (1 Tonne = 1000 Kg. = 20 Str.) monatlich verbrauchen, gleichgültig, ob sie die Brennstoffe per Bahn, Schiff oder im Landabfuhr beziehen. Auch das Reich, einschließlich der Heeres- und Marineverwaltung, die Bundesstaaten, Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände sind für ihre Betriebe (z. B. Gasanstalten, Gewerkschaften, Werften, Wasserwerke, Straßenbahnen) meldepflichtig. Auch Betriebe, denen die Brennstoffzufuhr gesperrt ist, sind meldepflichtig.

2. Der Meldepflicht unterliegen nicht, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs:

- a) die Staatseisenbahnen;
- b) die Kaiserliche Marine für ihre Bunkerkohlen;
- c) die Heeresbetriebe, soweit der Bedarf durch Intendanturen beschafft wird;

d) Schiffsbesitzer für ihren Bedarf an Bunkerkohle, sowie für die zur Heizung der Schiffsräume bestimmte Kohle;*)

e) Bechenbesitzer, soweit sie selbst erzeugte Kohlen, Koks und Bricketts zur Aufrechterhaltung ihres Grubenbetriebes (Bechen selbstverbrauch) oder zum Betriebe eigener Kokerien (mit oder ohne Nebenproduktanlagen), Leerddestillationen, Generatorkas- und sonstiger Gasanstalten oder Brickettsfabriken verwenden (verkokeln, Brickettieren), wenn diese Werke in unmittelbarem Anschluß an die demselben Bechenbesitzer gehörige Bechenanlage errichtet sind;

f) die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, d. h. solche Betriebe, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Betriebe von dessen Inhaber geführt werden, soweit sie nicht Gegenstand eines selbständigen gewerblichen Unternehmens sind;

g) Schlachthöfe, Gastwirtschaften, Gasthöfe, Badeanstalten, Warenhäuser, Ladengeschäfte, Krankenhäuser, Strasanstalten und ähnliche Betriebe, ferner Bäckereien, Schlächtereien, soweit sie dem Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen.

3. Ob hiernach ein Verbraucher meldepflichtig ist, bestimmt im Zweifelsfall zunächst die für den Sitz des Betriebes zuständige Kriegsamtstelle. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung kann über die Meldepflicht abweichend von dieser Bestimmung entscheiden.

*) Die Meldepflicht gegenüber der zuständigen Bunkerkohlenstelle wird hierdurch nicht berührt.

§ 3.

Inhalt der Meldung.

1. Die Angaben haben in Tonnen = 1000 Kg. zu erfolgen und sind unter genauer Adressenangabe des Lieferanten oder der Lieferer nach Art (Steinkohle, Steinkohlenbricketts, Braunkohle, Braunkohlenbricketts, Bechenfoks und Gaskoks), Herkunft nach Gebieten der Amtlichen Verteilungsstellen, mit der genauen Bezeichnung gemäß § 6 (z. B. Gebiete rechts der Elbe, Sachsen links der Elbe, Schlesien u./w.) und Sorten (Fett-, Mager-, Förder-, Stück-, Ruß-, Staub-, Schlammkohle u./w.) zu trennen. Die Meldungen haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) Bestand am Anfang des Vormonats,
- b) Zufuhr im Vormonat,
- c) Bestand zu Beginn des laufenden Monats,
- d) Verbrauch im Vormonat,
- e) Bedarf für den laufenden Monat,
- f) voraussichtlicher Bedarf für den folgenden Monat.

2. Die Monaschenschaft (Kapitel 5 und 6 der Meldekarte) darf nur angegeben werden die tatsächlich zur Führung des Betriebs in dem angegebenen Monasch benötigte Brennstoffmenge. Insbesondere dürfen etwaige Vorrückstände nicht in die Bedarfsanmeldung eingestellt werden. Betriebe, die laut amtlicher Verfügung von der Belieferung ganz ausgeschlossen sind, haben nur diese als Bedarf anzumelden.

§ 4.

Nachprüfung der Angaben.

Der Meldepflichtige hat fortlaufend über seinen Verbrauch an Brennstoffen nach Art, Herkunftsgebiet und Sorte in solcher Weise Buch zu führen, daß eine Nachprüfung der Bestände möglich ist.

§ 5.

Meldestellen.

I. Die Meldungen sind zu erstatten:

1. an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin;
2. an die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Kriegsamtsstelle;
3. an diejenige Amtliche Verteilungsstelle, welche unter Berücksichtigung der Herkunft der meldepflichtigen Brennstoffe zuständig ist (siehe § 6). Bezieht der Meldepflichtige Brennstoffe aus den Gebieten mehrerer Amtlicher Verteilungsstellen, so sind an alle diese Amtlichen Verteilungsstellen Meldekarten einzusenden;
4. an den Lieferer des Meldepflichtigen. Bestellt der Meldepflichtige bei mehreren Lieferanten, so ist an jeden Lieferer eine besondere Meldekarte zu richten. Bezieht er von einem Lieferer Brennstoffe aus mehreren Herkunftsebenen, so hat er diesem Lieferer soviel Karten einzureichen, wie Herkunftsebenen in Frage kommen. Für die von einem im Auslande wohnenden Lieferer unmittelbar bezogenen böhmischen Kohlen sind die Meldekarten nicht an den ausländischen Lieferer, sondern (sofern es sich um nicht im Königreich Bayern gelegene Betriebe handelt) an den Kohlenausgleich Dresden (siehe § 6, Ziffer 7) zu senden, und zwar mit der Aufschrift: „Auslandskohle“. Für Betriebe, die im Königreich Bayern liegen, sind diese Meldekarten an die Amtliche Verteilungsstelle München (§ 6, *) zu senden, und zwar mit derselben Aufschrift.

II. Sämtliche Meldekarten sind gleichlautend auszufüllen. Auch wenn mehrere Karten an verschiedene Amtliche Verteilungsstellen oder verschiedene Lieferanten zu richten sind, müssen sämtliche Karten in allen Teilen genau gleich lauten. Dies bezieht sich auch auf die Bezeichnung des Sorten und Mengen und die Namen der Lieferanten.

III. Für Gasloks fällt die unter Absatz 1 Ziffer 3 genannte, an die Amtliche Verteilungsstelle zu richtende Meldekarte fort.

§ 6.

Amtliche Verteilungsstellen.

Amtliche Verteilungsstellen sind:

1. Für Steinkohle*) aus Ober- und Niederschlesien: Amtliche Verteilungsstelle für schlesische Steinkohle in Berlin W. 8, Unter den Linden 32.
2. Für rheinisch-westfälische Steinkohle*): Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat in Essen.
3. Für Steinkohle*) aus dem Aachener Revier: Amtliche Verteilungsstelle für die Steinkohlengruben des Aachener Reviers in Kollscheid (Bez. Aachen).
4. Für den Steinkohle*) aus dem Saarrevier, Lothringen und der bayerischen Pfalz: Amtliche Verteilungsstelle für das Saarrevier in Straßburg 2 (Königliche Bergwerksdirektion).
5. Für die Braunkohle*) aus dem Gebiet rechts der Elbe: Amtliche Verteilungsstelle für die Braunkohlenwerke rechts der Elbe in Berlin NW. 7, Reichstagsufer 10.
6. Für die mitteldeutsche Braunkohle*) links der Elbe mit Ausnahme der unter 7 genannten: Amtliche Verteilungsstelle für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Halle a. S., Sandwehstraße 2.

7. Für Braunkohle*) aus dem Königreich Sachsen, links der Elbe und dem Herzogtum Sachsen-Altenburg, sowie für böhmische nach Deutschland (außer Bayern) eingeführte Kohle und für sächsische Steinkohle*): Amtliche Verteilungsstelle Dresden, Vinschützstraße 1, Dresden.

8. Für rheinische Braunkohle*), Braunkohle*) der Grube Gustav bei Dettingen und Braunkohle aus dem Dillgebiet, dem Westerwald u. dem Großherzogtum Hessen: Amtliche Verteilungsstelle für den rheinischen Braunkohlenbergbau in Köln, Unter Sachsenhausen 5/7.

9. Für Stein*)- und Braunkohle*) aus dem rechtsrheinischen Bayern (ohne Grube Gustav bei Dettingen und für böhmische, nach Bayern eingeführte Kohle*): Amtliche Verteilungsstelle für den Kohlenbergbau im rechtsrheinischen Bayern, München, Ludwigstraße 16.

10. Für Steinkohle*) des Deisters und seiner Umgebung (Obernkirchen, Barsinghausen, Ibbendüren usw.): Amtliche Verteilungsstelle für die Steinkohlengruben des Deisters und seiner Umgebung, Barsinghausen a. Deister.

*) Auch Steinkohlenbriketts, Schlemmkohle und Koks.

†) Auch Braunkohlenbriketts, Raupresssteine und Grubenkoks.

§ 7.

Art der Meldung.

1. Die Meldungen, die mit Namensunterschrift (Firmenunterschrift) des Meldepflichtigen versehen sein müssen, dürfen nur auf den amtlichen, für Degeber bestimmten Meldekarten mit grünem Druck erstattet werden, die jeder Meldepflichtige bei der zuständigen Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen bei der zuständigen Kriegswirtschaftsstelle, wenn auch diese fehlt, bei der zuständigen Kriegsamtsstelle, gegen eine Gebühr von M. —,15 für vier zusammenhängende Karten beziehen kann. Auch die etwa noch weiter erforderlichen Meldekarten (siehe § 5, * und § 9, *) sind dort einzeln für M. 0,03 das Stück erhältlich.

2. Hat ein Meldepflichtiger Betriebe an verschiedenen Orten, so müssen für jeden Betrieb die Meldungen gesondert erfolgen.

3. Die Meldekarten enthalten eine Einteilung nach Verbrauchergruppen. Jeder Meldepflichtige hat die für ihn in Frage kommende Verbrauchergruppe durch Durchkreuzen kenntlich zu machen. Falls ein Meldepflichtiger nach der Art seines gewerblichen Betriebes zu mehreren Verbrauchergruppen gehört, ist maßgebend, zu welcher Verbrauchergruppe der wesentlichste Teil seines Betriebes gehört. Ist ihm vom Reichskohlenkommissar eine Verbrauchergruppe angewiesen worden, so hat er diese zu durchkreuzen. Es ist unzulässig, mehrere Verbrauchergruppen zu durchkreuzen.

§ 8.

Meldung im Falle der Annahmeverweigerung der Meldekarten durch Lieferanten.

Wenn ein Meldepflichtiger keinen Lieferer zur Annahme seiner Meldekarte bereit findet, so hat er neben der für den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin bestimmten Meldekarte auch die für den Lieferer bestimmte Meldekarte dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin einzusenden, und zwar mit einem besonderen Begleitschreiben, in dem anzugeben ist, aus welchem Grunde die Meldekarte nicht an einen Lieferer weitergegeben wurde, und welcher Lieferer vorgeschlagen wird.

§ 9.

Weitergabe der Meldungen durch die Lieferanten.

1. Jeder Lieferer, dem eine Meldekarte zugegangen ist, hat sie ohne Verzug seinem eigenen Lieferer weiterzugeben, bis sie zu dem „Hauptlieferer“ gelangt. Hauptlieferer ist das liefernde Werk (Beehe, Koksanstalt, Brikettfabrik) oder, wenn es einem Dritten (Verkaufskartell oder Handelsfirma) den Alleinvertrieb seiner Produktion überlassen hat, dieser Dritte.

viel Personen — nicht Familien — im laufenden Monat unterstützt worden sind, weil die Summe der Mehraufwendungen nach meinem Ausschreiben vom 3. d. Mts., Kreisbl. Nr. 259, — 5,— Mk. pro Person — besonders liquidiert werden muß, da nach der Bundesratsverordnung die Hälfte dieser Unterstützungen vom Reich sofort erstattet wird. Nach der Zahl der Unterstützten soll der Gesamtbetrag für jede Gemeinde hier errechnet werden.

zahlung gekommen sind, die Erhöhung pro Person also weniger wie 5.— Mk. beträgt, bei Neubewilligungen und Einstellungen von Unteroffizieren, sind unter Angabe der einzelnen Teilbeträge besonders zu bezeichnen.

Der Vorsitzende des Reichsanfänger.

Nichtamtlicher Teil

Die russischen Geheimverträge.

WTB. Stockholm, 28. Nov. In der Fremda vom 24. November wird die Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringerem Interesse. Am 5. November 1915 telegraphierte der Minister des Äußern Sazonow dem Botschafter in Paris über Englands Zustimmung zu Russlands Wünsche wegen Konstantinopels und sagt am Schluß des Telegramms was er nicht ankel: „Für mich persönlich, der ich das größte Vertrauen zu Delcassée habe, sind die Versicherungen, die er abgab, vollkommen genügend, aber die kaiserliche Regierung muß wünschen, präzisiertere Versicherungen über Frankreichs Zustimmung, daß es unseren Wünschen entgegenkommen wird, zu erhalten, gleich den Versicherungen, die England abgegeben hat.“ Am 7. März 1915 telegraphierte Sazonow dem Botschafter in London u. a.: „Um den von den Alliierten gewonnenen Durchbruch durch die Dardanellen zu erleichtern, ist die kaiserliche Regierung bereit, dazu mitzuwirken, daß die Staaten, deren Mitwirkung Großbritannien und Frankreich nützlich erscheinen kann, auf vernünftiger Basis für diese Aufgaben engagiert werden.“

In dem Chiffretelegramm vom 13. Januar 1917 an die russischen Botschafter in Paris, London, Tokio und Washington und den Gesandten in Stockholm spricht Tereščitschenko über die Entwicklung der Kornilowaffäre und konstatiert u. a., daß die Affäre wesentlich hervorgerufen wurde durch das gegenseitige Mißverständnis, veranlaßt durch das Auftreten verschiedener mißlungener apokrypher Blößenhändler zwischen dem Hauptquartier und der Regierung. Ueber Kerenskis Ernennung zum höchsten Oberbefehlshaber wird gesagt, daß diese zur Beruhigung der demokratischen Elemente und der Soldaten notwendig war, der tatsächliche Leiter der Kriegsoperationen werde der zum Stabschef ernannte General Alexejew werden.

Ein Telegramm des Ministers des Äußern vom 9. Oktober an die gleichen Botschafter berichtet über die Stimmung beim Zustandekommen des Vorparlaments, worin Tereščitschenko eine wichtige Errungenschaft steht. Er konstatiert einerseits eine große Nachgiebigkeit der moderat-sozialistischen Vetter, aber auf der anderen Seite, daß die Extremisten einen großen Erfolg bei den Wahlen haben, deren Bedeutung jedoch, wie er glaubt, stark vermindert werden würde.

In einem Telegramm des gleichen Botschafters nach Rigas Fall sagt Tereščitschenko, daß dieser einen starken Eindruck machte und ermutigend wirkte. Gleichzeitig sagt er, es nicht unausgesprochen lassen zu können, daß die Mitteilungen von den Alliierten nach Petersburg, insbesondere die betreffenden Äußerungen der Zeitungen über die Ereignisse an der russischen Front, in patriotisch gestimmten russischen Kreisen einen peinlichen Eindruck machten, „während man hier,“ sagt er, „alle Anstrengungen macht, um die Entschlossenheit zu befestigen und den Krieg um jeden Preis fortzusetzen, und während die Stimmung in der Gesellschaft zu Gunsten der Bundesgenossen vorhanden ist, ichent die Meinung bei den letzteren gleichsam ihr Vertrauen zu verweigern. Dies erregt hier Verwunderung, weil unsere Autooffenwe trotz aller Mißgeschick die Deutschen zwang, an unserer Front größere Streitkräfte zu konzentrieren als jemals vorher. Kerenskis Regierung strebt dahin, den Zustand der faktischen Waffenruhe abzubauen, der es im Frühjahr dem Feinde ermöglichte, Truppen von unserer Front auf die französische Front zu versetzen, und diese Ab-

zugriffen werden müssen, um auf die allgemeine Meinung unter den Alliierten einzuwirken, wobei hervorgehoben werden mußte, daß kein Schwanken in Rußland hinsichtlich der Außenpolitik herrscht, der zufolge der Krieg mit aller Kraft in vollem Eifer mit der Entente geführt werden müsse.

Am 30. September 1917 telegraphierte Tereščitschenko an die Vertreter Russlands in Paris, Rom und London: „Aus den Unterredungen mit den hiesigen Botschaftern der Alliierten, in Sonderheit mit dem offenherzigsten von ihnen, dem amerikanischen Botschafter, ziehe ich den Schluß, daß unsere Bundesgenossen auf einer der letzten Konferenzen in Paris oder London das Uebereinkommen getroffen zu haben scheinen, betreffend der Verteilung derjenigen Gebiete unter sich, die uns künftig eine materielle Fortsetzung des Krieges gewähren müßten. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnerbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage war für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, hinsichtlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, schließlich einen drohenden Charakter anzunehmen. Im Grunde hiervon wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zu dem Vorschlage zu ergreifen, daß sie aktiver wie bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunikationen teilnehmen möchten, wenn eine Bereitwilligkeit ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie deshalb, vorsichtig in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mir Ihre Eindrücke mitzuteilen.“

Das Programm des polnischen Ministerpräsidenten.

Warschau, 26. Nov. In den Warschauer Blättern veröffentlicht der Seniorenkongress der aktivistischen Parteien eine Erklärung, nach der der Seniorenkongress keinen Block bilde, sondern nur zur Verständigung in den laufenden politischen Fragen diene. Das nationale Zentrum sei nur eine Gruppe im Block. In der Konferenz mit dem Seniorenkongress habe Ministerpräsident Rucharszewski, nachdem er eingangs bemerkt hatte, daß er offener konsequenter Aktivist sei und sich unter den Vertretern des Aktivismus in befreundeten Kreise fühle, sein politisches Programm in den Hauptzügen, wie folgt, zusammengefaßt: 1. Schnellster völliger Aufbau des polnischen Staates auf der Grundlage der Erkläre des 8. November und des 12. September. 2. Eiligste Schaffung einer regulären nationalen Armee noch vor Berufung des Staatsrates mit Hilfe der Rekrutierung und auf dem Raders der Legionen. 3. Aktivität und mögliche Einheitlichkeit des Kabinetts. 4. Berufung des Staatsrates nach den Grundsätzen, welche eine eintrachtige Zusammenarbeit mit der Regierung ermöglichen. Glos erzählt hierzu, daß der Seniorenkongress seine Stellung zur Regierung von den Bürgschaften abhängig mache, welche die Zusammensetzung des Kabinetts hinsichtlich der Durchführung des Programms geben werde.

WTB. Warschau, 28. Nov. Gazeta Peronna meldet aus Stockholm: Das jetzige Regenschaftsmitglied Ostrowski wandte sich noch vor der Einsetzung an das in Schweden sich aufhaltende Mitglied des russischen Reichsrates, Tschelchewski, mit dem Vorschlage, in die Regierung des Königreiches Polen einzutreten. Warschauer Blätter berichten: Ministerpräsident Rucharszewski hatte beim Grafen Henrik Potocki eine lange Besprechung mit Vertretern des interparteilichen Klubs.

Neue U-Boot-Erfolge.

WTB. Berlin, 28. Nov. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings drei Dampfer und ein Segler vernichtet, darunter ein englischer Frachtdampfer von mindestens 5000 Tonnen, sowie der englische Motorschoner Morning Star mit 180 Tonnen Laderde von Portsmouth nach Rouen. Einer der Dampfer wurde aus Geleitzug herausgeschossen.